

Institut für beratende Sozial- und Wirtschaftswissenschaften - Gerhard Weisser-Institut - e.V.

Zusammenfassung des Workshops „Soziale Infrastruktur als gesellschaftspolitisches Konzept“

am 8.10.2021 in Bonn

Dieter Rehfeld

Ausgangspunkte

Den Hintergrund des Workshops bildete die Überlegung, dass die gesellschaftspolitische Bedeutung sozialer Infrastruktur nach Jahren ökonomischer Vereinnahmung (Privatisierung, Kostensenkung, Rationalisierung usw.) gerade auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder sichtbar wird. Es ist deutlich, dass soziale Infrastruktur von zentraler Bedeutung für die Gestaltung von Lebenslagen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, und die Herausforderungen an die Gestaltung der sozialen Infrastruktur deutlich über eine reine Ausweitung der finanziellen Ressourcen hinausgehen.

Das Ziel des Workshops bestand darin, das Konzept sozialer Infrastruktur ebenso wie die damit verbundene Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure zu schärfen und künftige Handlungsfelder am Beispiel der Digitalisierung in der Pflege herauszuarbeiten.

In seiner Einführung verwies Dieter Rehfeld auf die mit sozialer Infrastruktur verbundene konzeptionelle Unschärfe. Soziale Infrastruktur weist Überschneidungen auf zu Begriffen wie Teilhabe, Daseinsvorsorge, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, Commons oder Kollektivgüter, Fundamentalökonomie oder gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen.

Von daher erscheint es sinnvoll, sich die mit dem Thema soziale Infrastruktur verbundene zentrale Frage vor Augen zu halten:

Wie ist ein Umfeld zu gestalten, dass es den Menschen ermöglicht, ihr persönliches Potential zu gestalten, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und damit auch zur sozialen Kohärenz beizutragen?

Soziale Infrastruktur und Teilhabechancen

Rene Böhme, Research Fellow am Institut Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen führte mit seinem Beitrag „Soziale Infrastruktur und Teilhabechancen“ in den Workshop mit einem Überblick zur Diskussion um soziale Infrastruktur ein. Er verwies darauf, dass es keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs (soziale) Infrastruktur gibt, dass dieser Begriff in den letzten Jahren aber immer wieder um neue Aspekte erweitert wurde. Zugespitzt lassen sich nach Böhme drei Dimensionen des Infrastrukturbegriffs herausarbeiten:

- ✓ „Materielle Infrastruktur sind alle diejenigen immobilien, nicht zirkulierenden, am Boden fixierten Kapitalgüter, welche die sich aus physischen und sozialen Lebenserfordernissen der Menschen ergebenden Bedürfnisse durch ihre Outputs (Güter und Dienste) befriedigen.
- ✓ Institutionelle Infrastruktur umfasst alle gewohnheitsmäßigen und gesetzten formalen Regeln und informellen Beschränkungen (Konventionen, Verhaltensnormen), das menschliche Zusammenwirken gestalten und die Verfahrensweisen zu ihrer Durchsetzung, um diese Regeln aufrechtzuerhalten und durchführen zu können.
- ✓ Die personelle Infrastruktur bezieht sich dagegen auf das sog. Arbeitsangebot.“

Rene Böhme regt an, das Konzept sozialer Infrastruktur mit dem auf A. Sen zurückgreifenden Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen sowie mit Sozialstaatskonzepten zu verknüpfen. Den Vorteil einer solchen Verknüpfung sieht er darin, dass das Konzept sozialer Infrastruktur so weniger ökonomisch, sondern gesellschaftlich ausgerichtet ist.

„Teilhabe meint dabei sowohl die Partizipation von Individuen und Organisationen an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen als auch den Zugang zu Ressourcen, um Interessen realisieren zu können.“

Soziale Infrastruktur wird demnach von ihm definiert „als diejenigen Anlagen,

Einrichtungen, Dienste und deren Personal, welche dazu beitragen, Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Menschen zu eröffnen.“

Wesentliche Merkmale einer so verstandenen sozialen Infrastruktur bilden die öffentliche Gewährleistung, deren kostenlose bzw. kostengünstige Bereitstellung, und das Ziel einer Stärkung der individuellen Potenziale und der Realisierung von sozialen und ökonomischen Chancen.

Hiervon ausgehend zeigt die folgende Übersicht von Rene Böhme soziale Infrastrukturen, deren Einbindung in spezifische Politikfelder und deren möglich Outputs.

Politikfeld	Infrastrukturen	Output
Soziales	Kinder- und Jugendhilfe Behindertenhilfe Psychosoziale Hilfen Altenhilfe	Beratung, Unterstützung, Begleitung, Erziehung, Erholung, soziale Teilhabe, Entwicklungsförderung
Bildung/ Betreuung	Kindertagesstätten (Ganztags-)Schulen/Kinderhorte Berufsschulen Hochschulen/Universitäten Weiterbildungsträger	Kinderbetreuung, Frühkindliche Bildung, Schulausbildung, Berufsausbildung, Weiterbildung, Teilhabe an Bildung
Gesundheit	Krankenhäuser Gesundheitsämter	Heilung, Gesundheitsprävention
Arbeit	Qualifizierungsträger Sozialer Arbeitsmarkt	Weiterbildung, Teilhabe an Arbeit
Kultur	Kultureinrichtungen Spiel- und Freizeitflächen Sportanlagen wie Schwimmbäder	Bildung, kulturelle Teilhabe, kreativer Ausdruck, sportliche Betätigung,
Wohnen	Öffentlich geförderter Wohnraum	Unterbringung, Sicherheit, Schutz

Quelle: Eigene Darstellung

Abschließend geht Rene Böhme auf Probleme bzw. Herausforderungen in Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung sozialer Infrastruktur ein.

Erstens verweist er auf kommende komplexe Herausforderungen, wobei er demografischen Wandel, soziale Spaltung, Migration, Reurbanisierung, Digitalisierung und Klimawandel hervorhebt.

Zweitens verweist er darauf, dass bereits jetzt bestehenden massiven Defiziten in Angebot sozialer Infrastruktur zahlreiche neue Aufgaben gegenüberstehen. Exemplarisch nennt er die Gestaltung von

Präventionsketten in der Armutsprävention, die Inklusion im Bildungssystem, den Ausbau und die Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung, die ambulante Eingliederungshilfe, die kommunale Wohnungsbaupolitik und öffentlich geförderte Beschäftigung.

Drittens begründet er die These, dass die Defizite in der Entwicklung der sozialen Infrastruktur eng mit Governanceproblemen zusammenhängen.

Hierbei verweist er zunächst auf lokale bzw. regionale Krisenkreisläufe, die aus dem Zusammenspiel zwischen Sozialausgaben,

Altschulden und Infrastrukturausgaben bestehen.

Weiterhin argumentiert er, dass der enge Fokus auf Investitionen, welche durch höhere Ebenen unterstützt werden (EU, Bund, Land), die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Folgekosten nicht berücksichtigen.

Ebenso kritisiert er die Dominanz ökonomischer Sichtweisen, die ignoriert, dass in einigen Feldern sind teilhabeorientierte Wirkungen schwer fiskalisch messbar sind.

- ✓ Notwendige Diskurse über Finanzierung und Qualität sozialer Infrastruktur
- ✓ Mehr Aufmerksamkeit für die Arbeitsbedingungen
- ✓ Stärkung der öffentlichen Verantwortung in bisher marktgesteuerten Bereichen
- ✓ Haltungswechsel: Soziale Dienstleistungen als Vorleistungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung statt dessen Reparaturbetrieb.“

Grundlegend hierbei ist, die notwendigen Ressourcen für investive und konsumtive Kosten insbesondere dort zur Verfügung zu stellen, wo Kommunen finanziell dazu nicht in der Lage sind.

Zivilgesellschaftliche Akteure in der sozialen Infrastruktur

Dr. Georg Mildener vom Centrum für soziale Investitionen der Universität Heidelberg setzte sich daran anschließend mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der sozialen Infrastruktur auseinander.

Er verweist darauf, dass für Non-Profit Organisationen häufig die strukturell-operationale Definition verwendet wird. Zivilgesellschaft wird als intermediäre Sphäre zwischen Staat, Markt und Gesellschaft definiert, zivilgesellschaftliche Organisation balancieren in unterschiedlicher Form soziale, kulturelle, politische und ökonomische Funktionen.

Schließt verweist er darauf, dass die komplexen Herausforderungen ressortübergreifende Lösungen und Partizipation erfordern, was der Ressortlogik der Verwaltungen widerspricht.

In seinem Fazit betont er die Vorteile einer Verbindung der Konzepte von sozialer Infrastruktur mit Teilhabe. Genannt werden:

- ✓ „Aufwertung sozialer Dienstleistungen, gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Fünf Merkmale charakterisieren nach Mildener Organisationen des Dritten Sektors:

- ✓ „Organisiert (nicht zwingend formalisiert)
- ✓ Privat (getrennt vom Staat)
- ✓ Autonom (kontrollieren ihre Angelegenheiten selbst, keine dominanten Interessen von außen)
- ✓ Nicht gewinnausschüttend (indirekt auf Gemeinwohl aus)
- ✓ Freiwilligkeit ist Teil der Organisation“

Klassische Funktionen sind Dienstleistungen, Themenanwaltschaft, Werterhaltung sowie Innovation.

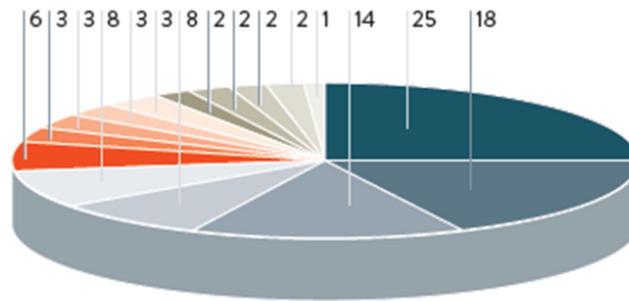
Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen lässt sich an folgenden Zahlen festmachen:

- ✓ 23 Millionen freiwillig Engagierte
- ✓ 614 Tausend Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und Sozialunternehmen
- ✓ 89 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung (ungefähr 4 % des Bruttosozialproduktes)
- ✓ 2,2 Millionen Lohnabhängig Beschäftigte (gut die Hälfte davon bei Caritas und Diakonie, zusammen ca. 1,2 Mill.).

Daran anschließend wirft Mildenberger einen tieferen Blick auf die Strukturmerkmale zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Datengrundlage bildet der ZIVIC-Survey des Stifterverbandes, an dem sich 2017 mehr als 6300 Organisationen (das entspricht einem

Anteil von 10 vH der Organisationen insgesamt) beteiligt haben, wobei es sich in den überwiegenden Fällen um eingetragene Vereine handelt.



Quelle: Centrum für soziale Investitionen | Dr. Georg Mildenberger

Wie die Abbildung zeigt, sind 25 % im Sportbereich tätig, 18 % im Kulturbereich und 14 % im Bildungsbereich.

Die Handlungsfelder sind je nach Siedlungsdichte unterschiedlich. Im ländlichen Raum finden sich vor allem in den Feldern Sport und Freizeit sowie Bevölkerungs- und Katastrophenschutz tätige Organisation, in den großen Städten überwiegt Wissenschaft und Forschung als Handlungsfeld. Die Dichte (Vereine pro 1000 Einwohner) ist unterschiedlich regional ausgeprägt. Liegt der Bundesdurchschnitt bei 7,3, so ist die Dichte in Bremen (5,5) und Hamburg am niedrigsten, im Saarland (10,4) und Rheinland-Pfalz (9,4) am höchsten.

Die finanzielle Ausstattung ist sehr unterschiedlich. Mehr als die Hälfte der zivilgesellschaftlichen Organisationen (53%) haben jährliche Einnahmen von weniger als 10.000 €, 4 % haben Einnahmen von mehr als einer Mio €, wobei diese vor allem mit gemeinschaftlichen Versorgungsaufgaben aktiv sind.

Bei den Quellen der Einnahmen dominieren mit 41 % Mitgliedsbeiträge. 27 % der Einnahmen sind selbst erwirtschaftet, 20 % stammen aus Spenden und Sponsoring, öffentliche Mittel tragen 10 % zu den Einnahmen bei.

Insgesamt macht Mildenberger den sehr heterogenen Charakter zivilgesellschaftlicher Organisation deutlich. Wenige Organisationen mit hohem Einkommen stehen sehr viele kleine Organisationen mit geringer Reichweite gegenüber.

Unabhängig von dieser Heterogenität zeigen sich doch Gemeinsamkeiten, vor allem was den labilen Charakter (voluntary failure) zivilgesellschaftlicher Akteure betrifft.

Die Ressourcen sind oft zu gering, um ernsthaft etwas zu erreichen (Insuffizienz), die Freiwilligen haben keine ausreichende Ausbildung (Dilettantismus), die Organisationen konzentrieren sich oft auf eng gefasste und idiosynkratische Zwecke

(Partikularismus), wobei sie in der Regel „wissen, was richtig ist“ (Paternalismus).

Zusammenfassend wird betont, dass zivilgesellschaftliche Akteure bei der Herstellung und Sicherung sozialer Infrastrukturen mit staatlicher Unterstützung bzw. im staatlichen Auftrag mitwirken. Dabei riskieren sie aber ihren zivilgesellschaftlichen Charakter.

Rein aus der Zivilgesellschaft heraus können soziale Infrastrukturen angesichts der regionalen Unterschiede und der genannten Schwächen nicht dauerhaft bereit gestellt werden.

Die Zivilgesellschaft stellt genuin eigene Infrastrukturen her (durch Bildung von Sozialkapital und lokalen Organisationsstrukturen). Diese Infrastruktur trägt dazu bei, die Resilienz zu erhöhen und kann als Basis für neue Aktivitäten wichtig sein bzw. auch für andere Zwecke mobilisiert werden, wie etwa die Aktivitäten im Rahmen der Flüchtlingshilfe in München gezeigt haben.

Herausforderungen an soziale Infrastruktur: Das Beispiel Digitalisierung in der Altenpflege

Im dritten Beitrag des Workshops stellte Prof. Dr. Gerhard Naegele vom Institut für Gerontologie an der TU Dortmund Überlegungen und erste Ergebnisse des Projekts „Probleme und Chancen einer sozialpartnerschaftlichen Implementierung von Digitalisierung in der professionellen Altenpflege“ – dargestellt am Beispiel des laufenden Forschungsvorhabens (DAGI-Care)“ zur Diskussion.

Soziale Infrastruktur umfasst nach Naegele „die Gesamtheit der Einrichtungen und Dienste zur sozialen Versorgung der Bevölkerung“, wobei er drei Merkmale betont: den Beitrag zur Realisierung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die öffentliche Verantwortung und die zunehmende Leistungserbringung auch durch nicht öffentliche Akteure.

Weiterhin verweist er auf die wirtschaftliche Bedeutung der sozialen Infrastruktur. Der

Anteil der Beschäftigten allein im Wirtschaftsbereich Gesundheits- und Sozialwesen an den insgesamt Beschäftigten stieg von 4,4 % 2005 auf 5,5 % 2015, und bis 2035 wird ein Anstieg auf 6,8 % erwartet. Allein in der professionellen Altenpflege - 2018 waren etwa 20 % aller in der sozialen Infrastruktur Beschäftigten in der Altenpflege tätig - waren gemäß SGB XI Ende 2019 1,22 Mio. Menschen beschäftigt, darunter mehrheitlich Frauen (86 %). In Teilzeitbeschäftigung waren 69 % (ambulante Pflege) bzw. 63 % in der stationären Pflege, in beiden Bereichen viele in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Zeit- und Leiharbeit). In der ambulanten Pflege waren 41 %, im stationären Sektor 43 % der Beschäftigten älter als 50 Jahre. Auf die rund 14.700 zugelassenen ambulanten Dienste (darunter 67 % in privater und 22 % in frei-gemeinnütziger Trägerschaft) entfielen mit 421.000 ca. 30 % der Beschäftigten; auf die rund 15.400 zugelassenen Heime (darunter 53 % in frei-gemeinnütziger und 43 % in privater Trägerschaft) mit 796.000 ca. 70 % (keine Vollzeitäquivalente).

Im Zuge des demografischen Wandels und des kollektiven Alterns der Bevölkerung hat die professionelle Altenpflege wie kein anderer Bereich sozialer Infrastruktur an Bedeutung gewonnen. Aktuell gelten über 4,13 Mio. Menschen nach den Vorschriften des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) als pflegebedürftig (12/2019). Von diesen werden etwa 80 % (N=3,31 Mio.) zu Hause versorgt, davon knapp 30 % auch oder hauptsächlich unterstützt durch professionelle Pflegedienste (N=983.000). Rund 20 % (N=818.000) leben laut Pflegestatistik 2019 in Heimen und ähnlichen Einrichtungen.

Einrichtungen und Dienste des (Alten)Pfliegewesens stehen unter Druck. Neben der COVID 19 Krise sind sie vor allem „getrieben“ vom sozio-demografischen Wandel, der zu einer starken Nachfrage insbesondere nach professionell erbrachter Altenpflege geführt hat. Zu den größten Herausforderungen zählt der besonders eklatante, nicht selten „hausgemachte“ Fachkräftemangel, der u.a. durch unattraktive Arbeitsbedingungen, steigende

Fluktuationsraten, hoher krankheitsbedingter Frühverrentung und insgesamt reduzierten Verweildauern mitbeding ist.

Von daher sind für Naegele betriebliche Innovationskonzepte und -strategien gefragt, die den Ausbau in der pflegerischen Versorgung mit neuen Wegen verbinden, die Leistungserbringung mit Blick auf Struktur- und Qualitätsanforderungen sowohl fachlich verbessern als auch dazu beitragen, dass die Dienste kostengünstiger erbracht werden und nicht zuletzt auch für die Beschäftigten attraktive Arbeitsbedingungen ermöglichen. Hierbei wird wie auch in anderen Wirtschaftszweigen mit vergleichbaren Herausforderungen vermutet, dass durch eine sinnvolle Nutzung unterstützender Techniken und innovativer Konzepte die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen verbessert, die Qualifizierung der Mitarbeiter*innen erhöht und die Arbeitsorganisation gestärkt werden können. Dabei gilt die „digital gestützte Weiterentwicklung der professionellen Pflegearbeit“ vielen als Schlüsselressource der Fachkräfteentwicklung und Fachkräftesicherung.

Zentrale zukünftige Handlungsfelder sind neben technischen Innovationen umfassende Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsorganisation, Fachkräftesicherung, Qualifizierung sowie Personal- und Kompetenzentwicklung. Bei Erneuerungsstrategien ist zu beachten, dass für personenbezogene Gesundheits- und Pflegeleistungen ein interaktiver Austausch zwischen den Beschäftigten und ihren Kund*innen und/oder Patient*innen konstitutiv ist („Koproduktion“).

Setzt man voraus, so Naegele weiter, dass die Qualifizierung der Fach- und Arbeitskräfte, die Neugestaltung der Arbeitsorganisation und insbesondere die sozial verträgliche Nutzung und Unterstützung durch digitale Techniken von zentraler Bedeutung für die Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft der Pflegebranchen sind, ist die Rolle der Betriebs- und Sozialpartner für diesen Prozess von besonderem Interesse.

Das Projekt Digitalisierung und Arbeitsgestaltung in der Altenpflege – Potenziale und Strategien für nachhaltige Arbeitsinnovationen in der betrieblichen Praxis (DAGI-Care) zielt auf Herausforderungen, Gestaltungsspielräume und Erfolgsfaktoren („Gelingensbedingungen“) für digital gestützte Arbeitsinnovationen in der professionellen Altenpflege (ambulant und stationär) in einem sozialpartnerschaftlichen Kontext. Es will einen Beitrag liefern für eine passgenauere, beschäftigten- und nutzerorientierte Unterstützung von Betrieben (mit Schwerpunkt KMU) in der Altenpflege im digitalen Wandel der Arbeitswelt.

Die von Naegele genannten Beispiele für die praktische Anwendung von Digitalisierung reichen von Planung, Organisation, Dokumentation, Logistik (z.B. elektronische Pflegedokumentation) über technische Assistenzsysteme (z.B. Sensor-, Kommunikationstechnologien, in der Demenzbetreuung, zur Messung von Vitalparametern), Telecare (z.B. zur besseren virtuellen Kommunikation z.B. in ländlichen Regionen), Robotik (z.B. Interaktion mit pflegebedürftigen Menschen, Steuerung selbständig agierender Wohnsysteme) u.a. bis hin zu Monitoringsysteme in der Prävention, Diagnostik, Behandlung, Rehabilitation, Qualifizierung.

Für die Umsetzung sind vier sozialpartnerschaftlich relevante Akteurs-/Interessengruppen bedeutsam:

1. Ökonomisch an „Rendite“ Interessierte: Investoren, Unternehmer, Trägerorganisationen, Kostenträger (z.B. Gewinn-, Kostensenkungs-, Rationalisierungserwartungen)
2. An „guter“ Beschäftigung Interessierte: Pflegekräfte, weitere Beschäftigtengruppen, ehrenamtlich Mitarbeitende (z.B. Arbeitsentlastung, Motivationsförderung)
3. An „guter“ Pflegequalität Interessierte (Nutzer*innen, Pflegebedürftige, Angehörige)
4. An „guter“ Koordination und Vernetzung Interessierte (soziales, regionales, politisches Umfeld)“

Für die Beschäftigten lassen sich folgende mögliche Hoffnungen und Befürchtungen gegenüber Digitalisierungsdividenden konkretisieren:

- ✓ „Attraktivitätssteigerung von Beruf und Arbeit, Aufwertung des Berufsfeldes, Abbau besonders belastender Arbeitsbedingungen, mehr Aufstiegsoptionen
- ✓ Zusätzliche Freiräume/mehr Zeit für die „eigentliche“ Pflegearbeit gewinnen (z.B. durch Abbau „pflegefremder“ Tätigkeiten, Bürokratieabbau)
- ✓ Furcht vor wachsender Informatisierung, Standardisierung, Formalisierung, Kontrolle der Arbeit
- ✓ Wunsch nach Erhalt/Steigerung der (ethischen) Arbeitsmotivation trotz Digitalisierung
- ✓ dass zusätzliche Qualifizierungserfordernisse zur Kompetenzentwicklung auch realisiert werden.“

Abschließend wirft Naegele zentrale Fragen hinsichtlich der Umsetzung von Digitalisierung für soziale Innovationssteigerungen in der Altenpflege auf.

- ✓ Gibt es „Good Practices“, die bezogen auf „Gelingensfaktoren“ und Hemmnisabbau ein Transferierbarkeitspotenzial aufweisen?
- ✓ Inwieweit ist Gestaltungswissen aus Digitalisierungsprozessen anderer Branchen (z.B. Industrie) übertragbar?
- ✓ Wie sehen veränderte Heraus- und Anforderungen an Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Pflege aus?
- ✓ Wie ist mit unterschiedlichen Vorleistungserfordernissen und –potenzialen bei den Akteursgruppen umzugehen?
- ✓ Welche Mitbestimmungs- und Mitwirkungspotenziale bieten die unterschiedlichen Regelungsebenen (Tarifpolitik, Betriebsvereinbarungen, interner Interessenvertretung)?
- ✓ Wie wird eine bessere/effizientere Interessenvertretung in der Altenpflege möglich?

- ✓ Ist in der Pflege eine höhere Bereitschaft zu partizipativer Reorganisation überhaupt erwartbar?
- ✓ Wie steht es um Digitalisierungsdividenden auch für „schwache“ Beschäftigtengruppen? (z.B. gering Qualifizierte, ältere AN, Beschäftigte mit Migrationshintergrund: neue soziale Ungleichheiten? Wer profitiert?)
- ✓ Sind einvernehmliche Interessen auf Seiten der Sozialpartner identifizier- und auch realisierbar, die zu nachhaltigen „win-win“ Effekten für alle führen?

Wesentliche Aspekte der Diskussion

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Probleme bei der Umsetzung der Weiterentwicklung sozialer Infrastruktur, wobei eine größer werdende Lücke zwischen steigenden Ansprüchen an den Staat und sinkender Problemlösungskapazität konstatiert wurde.

Weiter wurde darauf hingewiesen, dass mit sozialer Infrastruktur als öffentlicher Aufgabe immer wieder auch Rechtsansprüche verbunden sind. Dies führt dann zu Problemen bei der Bedarfsbefriedigung, wenn zentralstaatliche Vorgaben nicht mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung der für die Umsetzung verantwortlichen kommunalen Einrichtungen verbunden sind.

Weitere zentrale Aspekte, die in der Diskussion genannt wurden, sind:

- Nichtberücksichtigung der Folgekosten,
- eine starke Ausrichtung auf Projektförderung, was dem Aufbau dauerhaften Strukturen entgegensteht,
- die aufgrund des Personalabbaus der vergangenen Jahre begrenzte Planungs- und Projektmanagementkapazität der Kommunen, was dazu führt, dass Mittel nicht abgerufen werden.

